

Sonder-BSBD-Info Januar 2013

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den vergangenen Tagen hatte ich zwei Stellungnahmen an die Presse gegeben; in der ersten Anfrage ging es um die bauliche Situation und die Personalausstattung, dazu gab es heute etliche Artikel in der Presse (Die Welt, Frankfurter Rundschau, HR-online...) Leider wurden mir die Begriffe Wärter und Schließer sozusagen in den Mund gelegt, HR-online führt es richtig aus, ich hatte auf den Volksmund verwiesen. Dahingestellt: es geht um die Arbeitsplatzsituation und die Zusammenarbeit. Am vergangenen Samstag habe ich für den **BSBD** Hessen ein weiteres Statement abgegeben und gebe Euch heute in einer Sonder-Info unseren gewerkschaftlichen Standpunkt zu den drei gestellten Fragen vorab bekannt:

Wie würden Sie die derzeitige Lage im Justizvollzug beschreiben?

Nach unserem Erleben als Fachgewerkschaft im Justizvollzug, im Austausch mit vielen Kolleginnen und Kollegen von der Basis aus den unterschiedlichen Fachrichtungen ist die Lage im hessischen Justizvollzug sehr angespannt. Sie ist bestimmt von personellen Engpässen, Funktionen können aufgrund des hohen Krankenstands nicht mehr kontinuierlich besetzt werden. Lange Vertretungen belasten die Fachdienste. Die Bediensteten werden nicht zuletzt durch umfangreiche Berichts- und Dokumentationspflichten zusätzlich belastet; die Qualität steht hinter der Quantität deutlich zurück, d.h. hohe Schlagzahlen sind besser als die Qualität der zu liefernden Arbeit. Hinzu kommt die starke hierarchische Ausprägung in der Organisation, die Konzentration der Entscheidungskompetenz auf der Führungsebene. Daraus resultiert die Überlastung der Führungskräfte und die Resignation auf der Mitarbeiterebene, insbesondere in der größten Beschäftigungsgruppe, dem allgemeinen Vollzugsdienst. Der zwischenmenschliche Umgang wird als schwierig erlebt, neue Führungsinstrumente wurden ohne ernsthaften Umsetzungswillen eingeführt, sind eigentlich mehr oder weniger flächendeckend verbrannt. Kurzum, vieles, was bei der hessischen Polizei als Defizit erkannt wurde und in den vergangenen 3 Jahren in der Presse geschildert wurde, ist im hessischen Justizvollzug ebenso zu erleben.

Im vergangenen Jahr wurden weitere Personalkürzungen angekündigt, obwohl jetzt schon nicht mehr alle Positionen in den Tagesdienstplänen besetzt werden können. Der Krankenstand ist überdurchschnittlich hoch, die Zahl der dauerhaft erkrankten Kolleginnen und Kollegen nimmt markant zu. Das belastet die Dienstpläne zusätzlich. Hinzu kommt, dass die Personalzuweisung, d.h. die Berechnung des Personalbedarfs einen markanten Berechnungsfehler ausweist, woraus sich fortdauernd eine personelle Unterversorgung im Allgemeinen Vollzugsdienst von 5 % ergibt. Soweit das Hessische Justizministerium (auch das Finanzministerium) als Antwort hierzu auf die gesunkenen Gefangenenzahlen hinweist, bleibt von Seiten des BSBD Hessen festzustellen, dass die Personalbemessung nicht wesentlich von der Gefangenenzahl sondern insbesondere von der Zahl der Vollzugsabteilungen und der Architektur einer Anstalt bestimmt wird. Dabei wurden in den vergangenen 8 Jahren zwei sehr große Justizvollzugsanstalten in Betrieb genommen, ohne dass hierfür ausreichend Personal zur Verfügung gestellt wurde. Der Personalmangel im Rhein-Main-Gebiet ist besonders hoch, weil wir hier besonders Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung haben (dazu mehr zu Frage 2).

Bleibt noch anzumerken, dass bei der personellen Ausstattung subkulturellen Strukturen nicht mehr ausreichend begegnet wird. Der Knast als Markt für Russlanddeutsche und andere Gruppierungen. Drogenabhängige werden ausgenommen. Und schließlich steigt die Zahl psychisch auffälliger Gefangener,

ohne dass hierfür zusätzliches Fachpersonal eingestellt wird. Dies belastet die Kolleginnen und Kollegen des AVDs im Stationsdienst wiederum massiv. Sie fühlen sich hier mehr oder weniger allein gelassen.

Gibt es denn ausreichend Nachwuchs? Wenn nein, wo liegen die Probleme?

Die Nachwuchsgewinnung ist regional unterschiedlich zu bewerten. Während sie im ländlichen Raum, z.B. für die JVA Schwalmstadt, im allgemeinen Vollzugsdienst keinerlei Nachbesetzungsorgen haben müssen, gestaltet sich die Nachwuchsgewinnung im Rhein-Main-Gebiet für die Frankfurter Anstalten und für Weiterstadt als äußerst schwierig (dies ist bei den sogenannten Fachdiensten, d.h. Sozialdienst und psychologischer Dienst, allerdings genau umgekehrt). Dies hängt zum einen am Arbeitsmarkt, bei hoher Beschäftigung fehlt es uns an geeigneten Bewerbern/innen. Das hängt sicher auch am demographischen Wandel und schließlich am fehlenden positiven Image. Für unsere Pannen werden wir in den Medien und durch die Politik zerrissen (wir sind schließlich der Sägezahn am Stuhl unseres Ministers, egal welcher Partei dieser gerade angehört), unsere Erfolge werden nicht wahrgenommen, nicht präsentiert. Dies hat übrigens auch zur Folge – und hier komme ich nochmals auf Ihre Frage 1 zurück, dass solche „besonderen Vorkommnisse“ minutiös seziert werden (vom grünen Tisch), die beteiligten Bediensteten mit ihrer Meldepflicht gegängelt werden, sofort und umfassend an das Ministerium zu berichten ist und schließlich die Schuld in der Bedienstetenschaft verteilt wird, statt den Vorfall konstruktiv aufzuarbeiten. Der Vollzug ist eins der schwierigsten Arbeitsfelder, wir arbeiten als Menschen „an“ Menschen, das sind ausschließlich gescheiterte Menschen, Verurteilte. Daraus resultiert, dass Fehlerfreiheit **unmöglich** ist. Unser Ministerium versucht allerdings, durch kleinteilige Anordnungen und Belehrungen aller Bediensteten, sich von weiterer Schuld zu entlasten. Das führt vor Ort zu massivem Frust und schließlich zu Resignation.

Die aktuelle Arbeitsplatzsituation macht es uns als Kollegenschaft schwierig, selbst tatsächlich zu werben im Freundes- und Bekanntenkreis. Vor 20 Jahren war es noch üblich, dass die Söhne ihren Vätern folgten, in der Familie und im Freundeskreis geworben wurde. Das passiert heute nur noch selten, ist nicht zuletzt der oben geschilderten Belastungslage geschuldet. Wir müssten massiv werben in Schulen, auf Messen etc., aber irgendwelche Haushälter sehen offensichtlich noch keine wirkliche Notwendigkeit hierfür. Hierfür gibt es auch kein Personal, Werbung wird als zusätzliche Belastung erlebt, und schließlich wird die Sicherheit vorangestellt, es ist kaum möglich, z.B. Schülerinnen und Schülern, die in der Berufswahl stecken, eine JVA von innen zu zeigen. Kurzum, wir gehen diese Problematik viel zu zögerlich an.

Was wünscht sich die Gewerkschaft für Änderungen?

Wir wünschen uns selbstverständlich, dass die angekündigte Personalreduzierung von insgesamt 80 Stellen nicht vollzogen wird. Die Positionen in den Anstalten **müssen** besetzt werden, wenn Justizvollzug erfolgreich arbeiten will. Vollzug darf nicht nur verwahren, er muss behandeln. Er ist auch kein Feld für Privatisierung.

Wir brauchen allerdings auch eine Zusammenarbeit, in der sich jeder verantwortlich einbringen kann und nicht jeder gleich geschlachtet wird, wenn irgendetwas schief läuft. Der Spruch „wer viel macht, macht viele Fehler, wer nichts macht, macht keine Fehler, und wer keine Fehler macht, wird befördert“ darf nicht weiter wirken. Der BSBD Hessen setzt deshalb massiv auf das Thema „Zusammenarbeit im hessischen Justizvollzug“. Wir brauchen ein professionelles Fehlermanagement statt Rücktrittsforderungen an den jeweiligen Minister. Es ist nicht wichtig, dass der Minister seinen Laden „im Griff hat“, sondern dass alle, die in dem Berufsfeld arbeiten, sich an ihrer Position einbringen können und allen bewusst ist, dass in unserem Aufgabenfeld Fehler **nicht ausgeschlossen werden können**.

Wir brauchen nicht nur positive Presse, sondern wir brauchen ein Arbeitsklima, das uns die Möglichkeit gibt, uns einzubringen, mitzugestalten, verantwortlich zu agieren.

Dann können wir selbst schließlich wieder alle aktiv für unser Berufsfeld werben.

In diesem Sinne,
mit freundlichen Grüßen
Birgit Kannegießer
Landesvorsitzende des Bunds
der Strafvollzugsbediensteten Hessens